

Politikwechsel für Hamburg

Beschluss des 103. Landesparteitag der FDP Hamburg am 9. April 2016

I.

Worauf es ankommt

Die Wahlergebnisse der drei Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Politik des an der Tagespolitik orientierten permanenten Krisenmanagements der Bundeskanzlerin und der Großen Berliner Koalition nicht mehr akzeptieren. Noch nie hat eine Regierungskoalition mit einer so großen parlamentarischen Mehrheit so wenig an politisch tragfähigen Lösungen zustande gebracht. Diese übergroße Mehrheit erweist sich als Politikbremse. Die Berliner Koalition verteilt Geschenke zu Lasten der kommenden Generationen, z.B. die Rente mit 63, die ohne Beitragserhöhungen auf Dauer nicht zu finanzieren sind. Die Wirtschaft wird mit beschäftigungsfeindlichen und marktverzerrenden Lasten überzogen, wie z.B. die Einführung des Mindestlohns und das Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Was auf der Strecke bleibt, sind die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur sowie ein Innovationschub für Bildung und Wissenschaft, aber auch wirksame Konzepte für die Eingliederung der Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt und die Integration der in Deutschland bleibeberechtigten Zuwanderer in unsere Gesellschaft.

In Hamburg ist es nicht besser: Olaf Scholz und die rot-grüne Koalition sind mit dem Anspruch gestartet, Hamburg ordentlich zu regieren. Nach dem ersten Jahr ist festzustellen, dass der Senat seinem selbst gesteckten Anspruch nicht einmal im Ansatz gerecht wird. Scholz regiert am Bürger vorbei und ersetzt den Dialog mit den Bewohnern unserer Stadt und den notwendigen Interessenausgleich in der Stadtentwicklung durch Basta-Politik. Gleichzeitig verfolgt der Senat ungebremst eine Verkehrspolitik mit ideologischen Scheuklappen und legt die Stadt mit unkoordinierten Baustellen lahm. Baustellenchaos und Radwegeirrsinn sind dafür die oft zitierten Begriffe.

Die Anmeldungen für die weiterführenden Schulen zeigen, dass die Eltern zurecht die Stadtteilschulen für nicht ausreichend ausgestattet halten, und ihre Kinder lieber auf die Gymnasien schicken, auch mit dem Risiko einer Überforderung. Die Hochschulen erhalten keine zusätzlichen Mittel, obwohl der Bund diese mit der Übernahme der Kosten für die Ausbildungsförderung bereitgestellt hat. Bildung und Wissenschaft haben bei Rot und Grün keine Priorität.

In der Hafenpolitik verschläft der Senat die Modernisierung der Anlagen und damit die öffentliche Aufgabe, den Motor für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt dauerhaft fit zu halten. Dies ist besonders sträflich, weil diese mangelhafte Binnenentwicklung des Hafens mit der bisher erfolglosen Vertretung Hamburger und norddeutscher Interessen zur Durchsetzung der Fahrrinnenanpassung einhergeht. Hamburg gerät damit im Vergleich zu anderen an der Nordsee liegenden Hafenmetropolen ins Hintertreffen.

Fazit: Wo man auch hinsieht, es fehlt im Bund und in Hamburg an dem notwendigen politischen Gestaltungswillen, die Infrastruktur in Ordnung zu bringen und an einer Prioritätensetzung für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Freie Demokraten denken über den Zeitraum einer Wahlperiode hinaus und deswegen müssen jetzt die Weichen gestellt werden, damit Deutschland wettbewerbsfähig und Hamburg eine lebenswerte Stadt bleibt. Wenn Deutschland die große Aufgabe der Integration meistern und Hamburg dafür seinen Beitrag erfolgreich leisten will, müssen sich unser Land und unsere Stadt in einem sich verschärfenden weltweiten Wettbewerb gut aufstellen.

Freie Demokraten sehen Krisen als Herausforderung und Chance, denen sie mit Leistungsbereitschaft, Innovation und Wettbewerb begegnen. Wir unterscheiden uns dabei diametral von den Angstmachern am extremen politischen Rand und setzen auf die Überzeugungskraft der besseren Argumente sowie auf die Vernunft der Bürgerinnen und Bürger.

II.

Was wir vorschlagen

Wir Freie Demokraten wollen unser Land und unsere Stadt fit machen. Wie das gelingen kann, zeigen wir beispielhaft für die wesentlichen Herausforderungen in den nächsten fünf bis zehn Jahren auf. Nach allem, was wir aus heutiger Sicht für die Entwicklung Hamburgs als Metropole in Deutschland wissen, werden dies sein:

1. eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung,
2. eine echte Willkommenskultur,
3. eine funktionierende Infrastruktur,
4. eine offensive Standortpolitik zur Ansiedlung von Unternehmen,
5. ein leistungsfähiges Bildungswesen,
6. ein herausragender Wissenschafts- und Forschungsstandort,
7. eine zügige und qualitativ gute Erledigung hoheitlicher Aufgaben und die Bereitstellung verlässlicher öffentlicher Dienstleistungen,
8. eine Haushalts- und Finanzpolitik, die die öffentliche Verschuldung zurückführt und Spielräume für eine zukunftsgerichtete Entwicklung der Stadt eröffnet,
9. ein leistungsfähiges Gesundheitswesen,
10. die Bewältigung der Flüchtlingskrise.

Die Landesfachausschüsse der Hamburger Freien Demokraten haben im Zeitraum Juli bis Dezember 2015 Beiträge zu diesen Handlungsfeldern erarbeitet. Sie sind Grundlage des nachstehenden Handlungskonzepts für einen Politikwechsel und orientieren sich an den folgenden Leitfragen:

- Was sind die Herausforderungen des Handlungsfeldes (Ausgangslage, demographische Faktoren, erkennbare Entwicklungen)?
- Welche Ziele möchten die Hamburger Freien Demokraten im Handlungsfeld auf mittelfristige Sicht erreichen und welche Maßnahmen führen zur Erreichung der Ziele?

Handlungsfeld 1 – Zukunftsorientierte Stadtentwicklung

Entgegen des bundesweiten Trends wächst die Bevölkerung der Stadt Hamburg in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren um mindestens 57.000 bis ca. 116.000 Einwohner, je nach Entwicklung der Zuwanderungsquote. Zugleich verändert sich die Altersstruktur zu-

gunsten älterer Jahrgänge. Die Herausforderungen für die Stadtentwicklung Hamburgs bestehen somit in der Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum für eine wachsende Bevölkerung als auch in der Anpassung sich ändernder Bedürfnisse.

Der Hamburger Wohnungsmarkt gehört derzeit zu den angespanntesten Deutschlands, was auf eine viel zu geringe Bautätigkeit der vergangenen Jahrzehnte zurückzuführen ist und durch den anhaltenden Trend zu Single-Wohnungen weiter verschärft wird. Als Liberale stehen wir staatlicher Bautätigkeit dabei skeptisch gegenüber und setzen zunächst auf die Schaffung von Anreizen zu privatem Bauen. Gleichzeitig erkennen wir an, dass zur Sicherung eines ausreichenden Angebots wohl auf staatliche Investitionen und Objektförderung nicht gänzlich verzichtet werden kann. Dabei muss auf eine integrale Stadtentwicklung gesetzt werden, d. h. Wohnen, Gewerbe, Einrichtungen für Sport- und Freizeitangebote und Verwaltung sowie Verkehrswege müssen intelligent aufeinander abgestimmt sein. Die FDP lehnt deshalb sogenannte Schnellbauprogramme für bestimmte Bevölkerungsgruppen strikt ab.

Auf Grund der begrenzten Flächenverfügbarkeit besteht die besondere Schwierigkeit, die Balance zwischen bebautem Raum und urbanen Grünflächen zu erhalten. Veränderungen durch eine zunehmende Bautätigkeit dürfen nicht zu Lasten eines homogenen Stadtlebens gehen.

Die Lebensqualität in Hamburg ist eine der höchsten in Deutschland und Europa. Trotzdem erreicht die Hansestadt noch traurige Rekorde im Deutschland-Ranking wie z.B. bei den Schadstoffkonzentrationen (Schwefeldioxid und Stickstoffdioxid). Auf Grund der zunehmenden Flächenknappheit bei gleichzeitig steigendem innerstädtischen Verkehrsaufkommen reicht eine verbesserte Infrastruktur allein jedoch nicht aus. Es bedarf neuer, umweltfreundlicher Logistik-Konzepte, um dauerhaft eine hohe Lebens- und Umweltqualität für alle Hamburger Bürger zu erreichen.

Stadtverträgliche Logistik- und Mobilitätsangebote können nur dann nachhaltig wirken, wenn sie auf eine breite Akzeptanz der Hamburgerinnen und Hamburger stoßen und deren Bedürfnisse befriedigen. Bei der Entwicklung marktfähiger Angebote müssen deshalb zukünftige Veränderungen des Mobilitäts- und Konsumverhaltens der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden. Der demographische Wandel stellt eine solche Veränderung ebenso dar wie die sich verändernde ethnische Zusammensetzung der Stadtbevölkerung in Folge von Zuwanderung.

Mit einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung in Hamburg entstehen neue Bedürfnisse, die sich entschieden auf die Stadtentwicklung auswirken. So kommen der medizinischen Versorgung und Betreuung, der Einzelhandelsstruktur, den Sport- und Freizeitmöglichkeiten und haushaltsnahen Dienstleistungen im unmittelbaren Wohnumfeld eine wachsende Bedeutung zu. Auch die Mobilität ändert sich in hohem Alter. Das Quartier wird für ältere Bürger wichtiger und muss daher ausreichende Möglichkeiten zur Interaktion mit anderen Menschen bieten. Eine Voraussetzung dafür ist die Barrierefreiheit, die derzeit noch nicht ausreichend umgesetzt ist.

Zu lebenswerten Quartieren gehört auch ein Fokus auf die Sicherheit. Dunkle Wege, Parks und Plätze behindern die Lebensfreude der Bürger und müssen durch moderne Beleuchtung und entsprechende Gestaltung auch in der dunklen Jahreszeit erfahrbar werden. Das Gefühl der Sicherheit steigt deutlich, wenn die Polizei Präsenz zeigt. Das gilt besonders bei der Verfolgung von Diebstählen und Einbrüchen, die bei den Bürgern große Irritationen hervorrufen.

Ziele und Maßnahmen

- Ziel der Freien Demokraten ist es, vor dem Hintergrund des demographischen und klimatischen Wandels die **hohe Lebensqualität** in Hamburg zu erhalten, das Wirtschaftswachstum weiter zu steigern und dabei gleichzeitig den wachsenden Anforderungen an Klima- und Umweltschutz gerecht zu werden.
- Ein **verantwortungsvoller Umgang mit allen Ressourcen** ist dafür unverzichtbar und deshalb setzen wir auf neue ganzheitliche Konzepte, in denen die demographischen Bedingungen mit den Anforderungen an Mobilität, Energie- und Wasserverbrauch, Abfallwirtschaft, Schadstoffausstoß und Service intelligent vernetzt werden. Dabei zielt liberale Politik auf ein intelligentes Zusammenspiel von privaten Investoren, Wissenschaftlern und Stadtentwicklern sowohl bei der konzeptionellen als auch bei der praktischen Umsetzung ab.
- Die Hamburger Freien Demokraten fordern die **Verstetigung der Wohnungsbauprogramme** auf hohem Niveau, die den Bau von 6.000 bis 8.000 neuen Wohnungen pro Jahr ermöglichen. Der Umgang mit dem verfügbaren Raum muss effizient und mit den Ansprüchen an die urbane Lebensqualität vereinbar sein. Das charakteristische Stadtbild Hamburgs muss dabei erhalten bleiben. Das charakteristische Stadtbild Hamburgs mit seinen Grüngürteln und Feldmarken muss dabei erhalten bleiben.
- Einen besonderen Fokus legen wir Freie Demokraten auf die **Weiterentwicklung lebendiger und vollständig barrierefreier Stadtquartiere**, die in kurzen Distanzen ein vielfältiges Angebot von Wohnformen, Arbeits- und Bildungsorten, Versorgungseinrichtungen, Erholungszonen und kommunikativen Austausch bieten müssen. Diese gilt es mit den Bürgern vor Ort in einem kontinuierlichen Dialog zu entwickeln.
- Wir Freie Demokraten setzen uns für eine vernünftige **klimagerechte Stadtentwicklung** ein. Da Hamburg künftig mit zunehmendem Aufkommen von Starkregen und einer steigenden Zahl von Hitzetagen im Sommer rechnen muss, fordern wir eine konzeptionelle Einbindung eines effizienten und auf neuesten Erkenntnissen basierenden Hochwasser- und Unwetterschutzes in die bestehende Stadtstruktur sowie bei relevanten künftigen baulichen Maßnahmen. Die Umsetzung muss dabei unter der Prämisse erfolgen, eine für alle Bürger und Unternehmen praktikable und effiziente Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie, Kommunikation, Wasser- und Abfallwirtschaft zu gewährleisten.
- Die Freie und Hansestadt Hamburg hat ihr **Stadtbild** in ihrer jahrhundertelangen Geschichte geprägt und sich gleichzeitig zu einer modernen Stadt mit hoher Lebensqualität entwickelt. Eine verträgliche Stadtentwicklung kann nur gemeinsam mit den Bürgern funktionieren und deshalb setzen wir Freie Demokraten auf kontinuierliche Beteiligungsprozesse sowie eine klare und offene Kommunikation mit den Bürgern.
- Zur **Entspannung des Hamburger Wohnungsmarktes** ist der Wohnungsbau weiter zu beschleunigen und eine für Mensch und Umwelt verträgliche Nachverdichtung konsequent zu verfolgen. Bei den Ausschreibungsverfahren sind private, freie und staatliche Träger entsprechend ihres Leistungsvermögens einzubeziehen. Zur Verbesserung des Flächenmanagements sollen möglichst Quartiere betrachtet werden, statt den Fokus auf einzelne Gebäude zu richten.
- Der **Einsatz modernster und zukunftsfähiger Technologien und Bauverfahren** ist begrüßenswert, insbesondere, wenn hierbei Energieeinsparungen möglich sind. Allerdings verteuern solche Maßnahmen vielfach auch Renovierungen und Neubauprojekte.

Einen Zwang, Dämmungen und andere energetische Maßnahmen an Bestands- und Neubauimmobilien vorzunehmen, wie in der Energiesparverordnung (EnEV) vorgesehen, soll es nicht geben. In den Quartieren sollen die Voraussetzungen für einen energetischen Verbund geschaffen werden, in denen sich Eigentümer, Mieter und Unternehmer freiwillig zusammenschließen können, um Energiequellen effizient einbinden und kostensparend verteilen zu können.

- Wir Freie Demokraten wollen die **Stadtquartiere zu neuen Formen von Stadtlandschaften** entwickeln, die untereinander bestmöglich vernetzt sind. Dabei gehen wir von einer Nutzungsmischung von Wohn- und Arbeitswelt aus, in der es vielfältige Freizeit-, Service- und Konsumangebote gibt sowie eine ausreichende gesundheitliche und pflegerische Versorgung gewährleistet ist. Hierbei ist es wichtig, den ruhenden Verkehr in sogenannte Quartiersgaragen, die unterirdisch angelegt werden, zu verlegen, um die Sicherheit von Anwohnern und deren Wohnqualität zu steigern.
- Auf Grund der wachsenden Gruppe der über 80-Jährigen sollen **Einrichtungen für die geriatrische Rehabilitation und Pflege** in den Stadtquartieren entstehen. Moderne Wohnkonzepte wie Mehrgenerationenhäuser und individuelles, innovatives Wohnen mit integrierten gemeinschaftlichen Flächen für Fitness, Terrasse, Garten, Kochen, Kommunikation u. a. wollen wir trendentsprechend und sinnvoll in die Stadtquartiere implementieren.
- Ein wesentlicher Faktor der Lebensqualität liegt in der **Mobilität der Bürger** sowohl innerhalb der Quartiere als auch in der Vernetzung der gesamten Stadt. Aber auch die Anbindung an Fernstraßen und Flughafen bestimmen die Lebensqualität der Stadtbewohner. Wir Freie Demokraten setzen dabei auf Maßnahmen, bei denen jeder Bürger für seine individuell bevorzugte Fortbewegungsart (Laufen, Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Kfz, Fahrrad) gleich gute Bedingungen vorfindet.
- **Finanziellen Härtefällen**, wie sie durch eine moderne, zukunftsorientierte Stadtentwicklung entstehen können, z.B. durch Mieterhöhungen, Tarifierhebung für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel und ähnlichen Grundbedürfnissen, wollen wir mit gezielter Subjektförderung begegnen.

Handlungsfeld 2 – Echte Willkommenskultur

Hamburg gehört hinsichtlich der Entwicklung der Bevölkerung zu den wachsenden Metropolen in Europa. Das Wachstum ergibt sich überwiegend aus einem Zuwanderungsüberschuss von Menschen, die aus dem Ausland nach Hamburg ziehen, der zurzeit durch die Migrations- und Flüchtlingsbewegungen verstärkt wird.

Die Zunahme der Bevölkerung verteilt sich unterschiedlich auf die Altersgruppen, so dass in Zukunft mit einer Veränderung der Altersstruktur gerechnet werden muss. Der Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird trotz der Zuwanderung überwiegend jüngerer Generationen voraussichtlich von heute 19% auf rund 23% im Jahr 2035 ansteigen. Im gleichen Zeitraum wächst die Zahl der 80-Jährigen und Älteren in Hamburg von rund 91.000 auf mehr als 120.000 Personen.

Die sich verändernde Altersstruktur in Hamburg wird trotz Zuwanderung Versorgungslücken in der Personaldecke von Wirtschaft und Verwaltung zur Folge haben. Der Fachkräftemangel ist bereits heute in bestimmten Bereichen wie der IT-Branche erkennbar.

Im Wettbewerb um Fachkräfte konkurriert Hamburg jedoch nicht nur mit anderen Großstädten in Deutschland wie Berlin, München und Frankfurt, sondern weltweit mit Städten wie Hongkong, Sydney, New York und Doha.

Zu den wichtigsten Herausforderungen wird es folglich gehören, Zuwanderer bestmöglich in das gesellschaftliche Leben zu integrieren. Neben den harten Faktoren wie den Voraussetzungen auf dem Arbeitsmarkt spielen auch so genannte weiche Faktoren eine wichtige Rolle bei der Wahl des persönlichen Arbeits- und Lebensmittelpunktes. Dazu gehört die Aufgeschlossenheit der Menschen genauso wie die Attraktivität des unmittelbaren Umfelds wie Architektur, Kunst- und Kulturangebote, Sport- und Freizeitmöglichkeiten. Die traditionsreiche Hansestadt Hamburg an der Elbe verfügt mit dem Hafen, der Alster und ihren Kanälen und seinem attraktiven Umland über hervorragende Bedingungen.

Mit der Fertigstellung des neuen Wahrzeichens, der Elbphilharmonie, wird Hamburg weiter an Attraktivität zunehmen. Jedoch fehlt es der Hamburger Kunst- und Kulturszene – abgesehen von wenigen Highlights wie dem John-Neumeier-Ballett – noch an Ausstrahlung, um über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus nachhaltige Beachtung zu finden. Aber auch in den Stadtteilen muss die Attraktivität für Zuwanderer steigen. Gerade hier benötigen wir die Voraussetzungen, um eine schnelle und umfassende Integration der Zuwanderer zu ermöglichen und eine funktionierende, harmonische Gemeinschaft zu fördern.

Ziele und Maßnahmen

- Menschen, Unternehmen und Institutionen aus Deutschland und der ganzen Welt sollen in Hamburg die **erforderlichen Rahmenbedingungen** vorfinden, die sie zur Verwirklichung ihrer geschäftlichen wie privaten Lebensentwürfe benötigen. Dazu gehören eine ausgezeichnete technische Infrastruktur mit intelligenten Lösungen für die Einrichtungen der Verkehrs- und Nachrichtenübermittlung, eine effiziente und hochwertige Energie- und Wasserversorgung und ein umfassendes umweltverträgliches Entsorgungskonzept sowie eine ausgezeichnete soziale Infrastruktur mit modernen, gut ausgestatteten Schulen, modernsten Krankenhäusern, vielfältigen Sport- und Freizeitanlagen, modernen Einkaufsstätten und kulturelle Einrichtungen für alle Interessenlagen.
- Die **Zuwanderung nach Hamburg** muss sich in jeder Hinsicht lohnen und leichtgängig sein, deshalb setzen wir auf eine echte Willkommenskultur. Schnelle Verwaltungsverfahren, bedarfsgerechte Vermittlung von Kontakten und Dienstleistungen mittels einem hohen Grad an digitaler Unterstützung müssen in wenigen Wochen zur Aufnahme der Geschäftstätigkeit und des privaten Alltags führen können.
- Voraussetzung für eine **echte Willkommenskultur** ist eine intakte, wachsende, innovative Wirtschaft. Deshalb zielt liberale Willkommenskultur auf die wirtschaftsfreundliche Bereitstellung der Rahmenbedingungen für den Ausbau bestehender und die Ansiedlung neuer Geschäftsfelder am Wirtschaftsstandort Hamburg. So sollen Investitionen in neue Technologien (Industrie 4.0, Ausbau der Digitalisierung) gefördert, das Breitbandnetz flächendeckend ausgebaut sowie die Rechtssicherheit im digitalen Business sowie Datensicherheit und -schutz gewährleistet werden. Mit dem Wandel im Arbeitsmarkt und den sich ändernden Anforderungen an die Arbeitskräfte müssen Anpassungsmaßnahmen in Bildung und Personalentwicklung einhergehen.
- Zu einer echten Willkommenskultur gehört für uns ein großes Maß an Lebensfreude. **Kunst und Kultur** können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, wenn Sie qualitativ und quantitativ ein hohes Niveau erreichen. International anerkannte Festivals, erstklassige

Produktionen und Aufführungen in Schauspiel, Oper, Ballett, Musical und Konzerthäusern und eine lebendige, innovative Kunst-Szene sind für uns dafür genauso unverzichtbar wie eine lebendige Stadtteilkultur, die den kulturellen Austausch fördert. Ein vielfältiges und hochwertiges Kulturangebot bietet gerade Neubürgern ein breites Spektrum an Integrationsmöglichkeiten und kann zu einer hohen emotionalen Bindung und schnelleren Identifikation mit ihrer Stadt führen.

- Hamburg braucht eine **Kulturlandschaft**, die innovativ und vielfältig ist, hochwertig und spannend, die Magnetwirkung auf alle Altersklassen und auf die Menschen in aller Welt ausübt. Wir Freie Demokraten wollen Hamburg zur Kulturhauptstadt des Nordens entwickeln.
- Hamburg und seine Quartiere brauchen **attraktive Orte der Begegnungen**, an denen sich Hamburger, Zuwanderer und Menschen aus aller Welt treffen und unvergessliche Momente erleben. Die Elbphilharmonie, das neue Wahrzeichen Hamburgs, soll zu einem lebendigen Ort des Willkommens entwickelt werden.
- Auch **Museen und Galerien** sind Orte der Begegnungen. Sie vermitteln mit ihren Sammlungen und Ausstellungen geschichtliche Zusammenhänge, Kultur und Wertevorstellungen oder informieren über Traditionen und aktuelle Trends. Niedrigschwellige Zugangsmöglichkeiten zu den Einrichtungen können Zuwanderern aus dem Ausland die Integration in unsere Kultur erleichtern.
- Die Hamburger Museen sollen einen **digitalen mehrsprachigen Museumsführer** entwickeln, der allen interessierten Bürgern zur Verfügung steht. Er soll durch die dreidimensionale Welt der Hamburger Museen und permanenten Ausstellungen führen und über geschichtliche Hintergründe, Künstlerbiographien und Wirkungsgeschichte informieren.
- Zu einer liberalen Willkommenskultur gehört auch eine **vielfältige und innovative Stadtteilkultur**, die Integrationsprozesse befördert, das Gemeinwesen und die persönliche Identifikation der Menschen mit ihrem Wohnquartier stärkt. Hierzu gehören interkulturelle Veranstaltungen mit Bürgern aus dem Stadtteil ebenso wie innovative und hochwertige Literaturveranstaltungen, die es weiter zu fördern gilt. Um Erstklassigkeit in der Stadtteilkultur zu erreichen, bedarf es einer nachhaltigen und soliden Finanzierung. Dies wollen wir mit konkreten Stadtteifonds (oder Stiftungen für die Stadtteilkultur) erreichen, in denen sich Hamburger Unternehmen und Bürger des Stadtteils gemeinsam mit der Stadt engagieren.
- Mit **digitalgestützten Quartiersplattformen** wollen wir zudem die soziale, ökonomische und funktionale Vernetzung zwischen räumlichen Umgebungen ermöglichen, um so Interaktionen von unmittelbaren Nachbarschaften und innerhalb der Stadtquartiere zu befördern und weitere Möglichkeiten zum zwischenmenschlichen Austausch und zu verbesserter Integration zu schaffen.

Handlungsfeld 3 – Funktionierende Infrastruktur

Hamburgs Infrastruktur ist in keiner guten Verfassung: Ein Großteil der Straßen, Brücken und Radwege ist dringend sanierungsbedürftig. Es gibt keinen Autobahnring um Hamburg und das Schienennetz ist an der Grenze seiner Kapazität. Die Fahrrinnenanpassung der Elbe sowie eine leistungsfähige verkehrliche Hafenanbindung lassen auf sich warten und es fehlt an zusätzlichen Elbquerungen.

Die Folgen dieser schlechten Verfassung sind täglich zu spüren: Hamburg steht im Stau und das hat fatale Folgen: Die Hamburger und ihre Gäste sind genervt und verlieren viel Zeit. Außerdem entstehen ökonomische und ökologische Nachteile, denn Autos, die im Stau stehen, erzeugen keine Wertschöpfung und belasten unnötig die Umwelt.

Ein Hafen, den große Schiffe nicht anlaufen können und aus dem angekommene Ladung nicht zügig weiter transportiert wird, wird gemieden. Hinzu kommt eine historische Fehlentscheidung: der gesamte Fernverkehr sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene wird nicht um Hamburg herumgeleitet, sondern auf Autobahnen sowie auf Schienen durch die Stadt geführt.

Es ist erfreulich, dass seit einigen Jahren der Sanierung der Straßen und dem Ausbau der A7 mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Jedoch sind die Schäden so groß, dass sich der durchschnittliche Straßenzustand trotz des größeren Sanierungsaufwandes in den nächsten Jahren weiter verschlechtern wird. Und die Art und Weise der Sanierung verursacht zusätzliche Probleme: Es gibt keine brauchbare Baustellenkoordinierung und die Bauausführung dauert viel zu lang, so dass zusätzliche Staus verursacht werden. Völlig unzureichend ist das Tempo der Radwegesanierung: Beim derzeitigen Tempo dürfte es Jahrzehnte dauern, bis alle Radwege instandgesetzt sind.

Zu diesen technischen Problemen wird die Funktionsfähigkeit der Infrastruktur aber noch durch Verbohrtheit bedroht. Eine liberale Verkehrspolitik für Hamburg orientiert sich am Bedarf der Bürger und bezieht alle Verkehrsteilnehmer gleichrangig ein. Eine ideologische Verkehrspolitik, die nur einen Verkehrsträger berücksichtigt, führt zu Konflikten und hohen Kosten, die vermieden werden können. Während in früheren Zeiten unter dem Stichwort „Autogerechte Stadt“ alles dem Auto untergeordnet wurde, werden Autofahrer heute drangsaliert. Entgegen einer immer wieder aufgestellten Behauptung nimmt die Zahl der Autos in Hamburg aber nicht ab, sondern weiter zu. Gleichzeitig werden Radfahrer zunehmend auf die Straßen gezwungen, was an vielen Stellen gefährlich ist. Zudem gilt es, die Mobilität der Fußgänger zu verbessern. Diese werden täglich konfrontiert mit zugeparkten Geh- und Rettungswegen und mit Kraftfahrzeugen, die in Parkbuchten des öffentlichen Verkehrs parken und ihnen den Einstieg in die Busse erschweren. Auch Radfahrer dürfen Fußgänger nicht behindern, etwa indem sie den Fußweg als Fahrradweg missbrauchen.

Bei den Umweltverbänden entsteht der Eindruck, dass sie die ihnen gegebenen rechtlichen Möglichkeiten nicht nutzen, damit Umweltbelange angemessen berücksichtigt werden. Vielmehr werden sie dazu genutzt, möglichst viele Infrastrukturprojekte ganz zu verhindern.

Die derzeitige Hamburger Verkehrspolitik ist also noch nicht einmal in der Lage, die aktuellen Anforderungen zu erfüllen. Alle Prognosen weisen jedoch darauf hin, dass der Verkehr auf den Autobahnen A1, A7 und A24 sowie auf wichtigen Bahnverbindungen in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird. Diese Herausforderungen sind in den nächsten Jahren nur mit einem entschiedenen Umsteuern in der Verkehrspolitik zu bewältigen.

Ziele und Maßnahmen

- Hamburg muss über eine **leistungsfähige Infrastruktur** verfügen, wenn es ein beliebter Ort zum Leben und ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleiben will. Wie in vielen anderen Bereichen hilft auch bei dieser Herausforderung der Wettbewerb. Es darf nicht ein Verkehrsträger einseitig gefördert werden. Vielmehr müssen alle Verkehrsträger gut ausgestattet sein und ihre jeweiligen Stärken ausspielen können.

- Das bedeutet für den Autoverkehr den **Ausbau der A1 und der A7** auf acht Spuren sowie die Einrichtung einer westlichen (A20) und einer östlichen (A 21) Umfahrung und den Bau der Hafenquerspange (A26 Ost). Dadurch entsteht zwar kein echter Autobahnring, aber eine erhebliche Entlastung Hamburgs vom durchgehenden Verkehr. Für den ÖPNV haben eine westliche Elbquerung und eine nördliche Querverbindung für die FDP Vorrang.
- Das bedeutet darüber hinaus ein gut ausgebautes Netz von **Radwegen und Fahrradstraßen** und eine möglichst umfangreiche Verlagerung von Verkehr auf das Wasser durch Binnenschiffe und Wassertaxis.
- Bei allen **Ausbau- und Sanierungsmaßnahmen** ist darauf zu achten, dass diese schnell ausgeführt werden und dass am Ende eine weitgehende Barrierefreiheit steht. Diese Maßnahmen werden jedoch nicht ausreichen und stoßen an Grenzen, da der Straßenraum in einer Stadt beschränkt ist. Dieser muss daher durch Einsatz moderner Technik optimal genutzt werden: Dazu zählen eine flächendeckende Telematik, eine elektronisch gestützte Parkplatzsuche, eine IT-gestützte Mobilitäts-App mit individueller Fahrpreisberechnung und eine bedarfsabhängige Steuerung des ÖPNV.
- Der **Hamburger Hafen** muss durch entsprechende Investitionen wettbewerbsfähig gehalten werden: Fahrrinnenanpassung, Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals und des Elbseiten-Kanals sowie die Ertüchtigung der Hafeninfrastuktur und der Hafenanbindung.
- Das **Umweltrecht** muss auf Bundesebene so geändert werden, dass Umweltverbände zwar rechtliche Belange einbringen, aber Genehmigungsverfahren nicht unnötig verzögern können.
- Hamburg muss sich auf Bundesebene für die beschriebenen großen Infrastrukturprojekte einsetzen und hierzu **Bündnisse mit den Nachbarländern** eingehen. Dazu dürfte auch eine Zusammenarbeit mit dem Jade-Weser-Port gehören. Es müssen alle Möglichkeiten der Metropolregion genutzt werden. Schließlich sind die wichtigen Hamburger Verkehrswege und der Hamburger Hafen auch für unsere Nachbarn wichtig.
- Während Hamburg bei den großen Infrastrukturprojekten von der Unterstützung des Bundes und der Nachbarländer abhängig ist, kann die Stadt an vielen Stellen selbst viel für die **Infrastruktur** tun: Die Verkehrswege aller Verkehrsträger müssen kontinuierlich auf ihren Zustand untersucht und instandgehalten werden. Dabei ist das **Baustellenmanagement** deutlich zu verbessern: Die Koordinierungsstelle (KOST) muss technisch und personell besser ausgestattet und für alle Hamburger Straßen zuständig werden. Auf diese Weise kann die Baustellenkoordination wesentlich verbessert werden. Weiter muss mehr Abend- und Wochenendarbeit eingeführt werden, in der Regel sollte auf den Baustellen montags-samstags von 7-22 Uhr gearbeitet werden.
- Die beauftragten Unternehmen müssen im **Vergabeverfahren** durch so genannte Bonus-/Malus-Regelungen zu einem schnellen Abschluss der Bauarbeiten motiviert werden: Brauchen sie länger, wird eine Vertragsstrafe fällig, werden sie eher fertig, erhalten sie mehr Geld. Wo möglich, sollte eine öffentlich-private Partnerschaft vereinbart werden, damit sowohl die Behörde als auch der Unternehmer an schneller Ausführung als auch guter Qualität der Arbeiten interessiert sind.

- Weiter sollte die Stadt umgehend mit einem oder mehreren Betreibern von Navigationsgeräten zusammenarbeiten und so die **Verkehrsströme in Hamburg** erfassen und danach die Ampelschaltungen ausrichten. So könnten Staus vorhergesagt und durch entsprechende Schaltung einiger Ampeln vermieden werden.
- Durch eine Verringerung der Staus kann viel für die **Reduktion von Schadstoffen** erreicht werden. Ein weiterer Schritt ist die nachhaltige Förderung von Elektromobilität. Die Nutzung der öffentlichen Beleuchtungsnetze für den Betrieb von E-Lade-Stationen könnte einen wesentlich schnelleren Ausbau ermöglichen.
- Hamburg muss in seine **öffentliche IT-Infrastruktur** investieren und sollte flächendeckend den Ausbau der IT-Netze mit Glasfaserkabeln in allen Hamburger Wohn- und Gewerbegebieten ermöglichen. Als kurzfristiges Ziel soll ab 2018 jeder Haushalt in Hamburg und jeder Gewerbebetrieb einen Internet-Zugang mit einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde nutzen können.
- Dieses Netz soll durch ein leistungsfähiges und **kostenloses WLAN-Netz** in ganz Hamburg ergänzt werden. Insbesondere soll in den Bussen, S- und U-Bahnen WLAN verfügbar sein. Für die Neubeschaffung von Bussen und Bahnen soll darauf geachtet werden, dass Steckdosen oder USB-Ports an den Sitzplätzen verfügbar sind.
- Bei der Einrichtung von staatlichen WLAN-Zugängen ist in besonderer Weise auf den **Datenschutz der Bürger** zu achten. Eine Speicherung der Verkehrsdaten findet nur in den technisch notwendigen Rahmen statt und muss alsbald gelöscht werden. Eine Weitergabe an Ermittlungsbehörden oder andere staatliche Stellen darf nicht stattfinden.
- Die FDP fordert zudem die **Abschaffung der Störerhaftung**.

Handlungsfeld 4 – Offensive Standortpolitik zur Ansiedlung von Unternehmen

Nicht zuletzt wegen ihrer langen Tradition als Hafen- und Hansestadt ist die Stadt Hamburg heute das wichtigste Handels- und Wirtschaftszentrum des Nordens. Der Wirtschaftsstandort Hamburg hat in einer Vielzahl von Branchen nationale und internationale Bedeutung erlangt, so in der Luftfahrtindustrie, im Schiffbau, in Handel und Logistik. Aber auch die kreativen Dienstleistungsbranchen wie Medien, Werbung und Kommunikation sind wesentliche Standortfaktoren und Wachstumsmotoren der Hamburger Wirtschaft.

Auf Grund der gewachsenen Wirtschaftsstruktur weist die Hamburger Wirtschaft einen hohen Verflechtungsgrad auf. Wissensintensive Unternehmensdienstleistungen, die heute unverzichtbare Akteure in globalen Wertschöpfungsketten sind, haben sich dank der starken Leitunternehmen auf breiter Basis entwickelt. Die anschließende weitere Ausdifferenzierung der Dienstleistungslandschaft hat den Sektor ebenfalls zu einer eigenständigen Säule der Hamburger Wirtschaft wachsen lassen.

Der Wirtschaftsstandort Hamburg verfügt über gute Voraussetzungen zur Realisierung der sich aus dem demographischen Wandel ergebenden Marktchancen. Dies betrifft in erster Linie die Gesundheitsindustrie. Unternehmen aller Größenklassen aus den Branchen Pharmazie, Biotechnologie und Medizintechnik sind am Standort gewachsen und konnten sich auf dem deutschen wie auch auf den internationalen Märkten etablieren.

Viele Unternehmen haben sich in den letzten Jahren am Standort angesiedelt bzw. gegründet. Um diesen Trend weiterzuführen, bedarf es einer Verflechtung der Unternehmen mit Einrichtungen für Forschung und Entwicklung. Der daraus erwachsende Bedarf an qualifizierten und spezialisierten Arbeitskräften darf nicht zum Engpass werden.

Die Flächenverfügbarkeit zur Ansiedlung von Unternehmen sowie die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Mitarbeiter gehören zu den entscheidenden Standortfaktoren. Hier gibt es bereits heute erhebliche Engpässe.

Größter Arbeitgeber in Hamburg sind die Unternehmen der Hafenwirtschaft. Rund 155.500 Arbeitsplätze sind in der Metropolregion direkt und indirekt vom Hamburger Hafen abhängig. Der Hafen leidet jedoch unter strukturellen Problemen: Einerseits besteht eine Abhängigkeit im Containertransport von wenigen großen Ländern (China, Russland), andererseits erweist sich die Elbe als Nadelöhr für den Hafen, da sie erhebliche Probleme für Großcontainerschiffe sowie auch für Kreuzfahrtschiffe beim Anlaufen des Hamburger Hafens mit sich bringt. Werden die Vertiefung und Verbreiterung der Elbfahrrinne nicht schnellstmöglich umgesetzt, könnten Großcontainerschiffe auf Grund des hohen Logistikaufwands und der damit verbundenen hohen Kosten Hamburg zukünftig meiden und auf andere Großhäfen in Nordeuropa ausweichen.

Ziele und Maßnahmen

- Für den **Unternehmensstandort Hamburg** gilt es, die Position als strategisch wichtiges Handelszentrum und attraktiver Unternehmensstandort in Europa vor dem Hintergrund des demographischen Wandels zu festigen und weiter auszubauen. Dafür muss die internationale Wettbewerbsposition Hamburgs insgesamt gestärkt und die Internationalisierung der Stadt und ihrer Wirtschaft weiter vorangebracht werden. Dabei sollte im Fokus stehen, dass Hamburg den Bedarf von Unternehmen aus skandinavischen Ländern an Gewerbeflächen im Hinblick auf die entstehende Fehmarn-Belt-Querung ebenfalls decken muss.
- Die Hamburger Wirtschaft benötigt mehr **Wachstumsimpulse**, um dauerhaft einen Spitzenplatz im Wachstumsranking der Bundesländer zu erreichen und den derzeitigen Mittelplatz zu verlassen.
- Unser Ziel ist es, die **Vielfalt der Branchen und Unternehmen mit internationaler Ausrichtung** am Wirtschaftsstandort Hamburg zu erhöhen. Der wissensintensiven Wirtschaft soll dabei unsere besondere Aufmerksamkeit gelten, da sie größter Wachstumsmotor ist. Die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen wie Rechtssicherheit, ein sehr gutes Arbeitskräfteangebot, das den Anforderungen der Unternehmen entspricht, Weiterbildungsangebote, Gewerbeflächen und Wohnraum, Vernetzungsmöglichkeiten mit exzellenten Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und eine hervorragende Verkehrs- und digitale Infrastruktur sind dafür unverzichtbar.
- Zur **Stärkung der internationalen Wettbewerbsposition Hamburgs** müssen einerseits Standortnachteile beseitigt, andererseits Standortvorteile weiter ausgebaut werden. Ein Hindernis zur Ansiedlung von Unternehmen ist die Gewerbesteuer, die die FDP auf Dauer abschaffen will. Solange sie besteht, ist der Hebesatz standortfreundlich zu gestalten.
- Problematischer ist die Knappheit der **Gewerbeflächen**. Noch immer wird die Zuteilung einer Gewerbefläche von der Arbeitsplatzintensität abhängig gemacht. Es ist ein standortpolitischer Fehler, auf diese Weise nationale und internationale Unternehmen von einer Ansiedlung abzuhalten.

- Seit Jahren sinkt die Zahl der **Unternehmenszentralen** in Hamburg, dieser Trend muss dringend umgekehrt werden.
- Idealerweise entwickelt sich Hamburg weiter zum wichtigsten hochspezialisierten **internationalen IT-, Game- und Medienzentrum** Nordeuropas mit zahlreichen europäischen Hauptquartieren.
- Die **Luftfahrtindustrie** soll weiter gestärkt und diversifiziert werden. Zu den sich bereits in Hamburg engagierenden Luftfahrtunternehmen wie Airbus und Lufthansa-Technik sollen weitere Unternehmen mit expandierenden Flotten hinzugewonnen werden. Aufbauend auf das gewonnene Know-how aus der Luftfahrtindustrie sollen auf Dauer Wachstumsfelder wie die Raumfahrttechnik und private Astronautik für den Wirtschaftsstandort Hamburg erschlossen werden.
- Angesichts der spezifischen Anforderungen der Unternehmen muss die **Zuwanderung** nach Hamburg als Instrument zur Erhaltung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit genutzt werden. Dies soll mit einem gezielten Anwerbekonzept für Fachkräfte aus dem In- und Ausland erfolgen.
- Mit einer **Vielzahl moderner Ausbildungszentren** wollen wir in Hamburg in Kooperation mit den Kammern die Aus- und Weiterbildung der Arbeitskräfte ermöglichen. Dort werden die Anwendung neuester Technologien und Arbeitsmethoden vermittelt und es kann flexibel und zeitnah auf aktuelle Qualifizierungsbedürfnisse der Unternehmen reagiert werden. Zusätzlich soll die mediengestützte individuelle Weiterbildung mittels Weiterbildungsflattrates gefördert werden.
- Zu einem **attraktiven Wirtschaftsstandort** gehört für uns die enge Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft. Deshalb wollen wir eines der attraktivsten Forschungs- und Entwicklungszentren Nordeuropas entwickeln. Die so gestärkte Forschungs- und Entwicklungslandschaft wollen wir für die weitere Internationalisierung Hamburgs nutzen und durch eine zunehmende Zahl internationaler Messen weiter erhöhen.
- Vor dem **Hintergrund des innovationsfreudigen Hamburger Klimas**, der zunehmenden Internationalisierung, dem Abbau von Sprachbarrieren, einem günstigen Arbeitskräftemarkt und hervorragenden Qualifizierungsmöglichkeiten kann die Stadt Hamburg gezielt Unternehmen ansiedeln, die auf neuen internationalen Wachstumsfeldern tätig sind. Bereits gut etablierte Branchen wie Pharma, Biotechnologie und Medizintechnik können unter diesen Bedingungen langfristig am Standort gehalten werden.
- Wir wollen die **Gründerszene in Hamburg** beleben. Dazu soll insbesondere der Zugang zu den Mitteln privater Investoren erleichtert und der hohe Verwaltungsaufwand bei der Vergabe von Fördermitteln abgebaut werden
- Um den **Hamburger Hafen** zur Nummer Eins der europäischen Universalhäfen zu entwickeln, ist zeitnah die Fahrrinnenverbreiterung zu realisieren, die Straßen- und Schienenanbindung exzellent auszubauen sowie die Hinterland-Anbindung in die Metropolregion (Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen) zu optimieren.
- Die **Hafeninfrastruktur** muss kontinuierlich modernisiert und ausgebaut werden. Wir wollen die Anwendung von Industrie 4.0-Technologien im Hafen fördern. Umschlagflächen müssen erweitert und der mittlere Freihafen soll umstrukturiert werden, um als Fläche für weitere Containerterminals und hafenauffine Industrie zur Verfügung zu stehen.

- Um die Flexibilität der Hamburger Hafenwirtschaft zu erhöhen, setzen wir uns für **strategische Allianzen** und die enge Vernetzung mit dem Jade-Weser-Port und anderen nord-deutschen und nordeuropäischen Häfen ein.
- Zukünftig sollte nicht nur die Entwicklung des Hafens, sondern der gesamten **maritimen Wirtschaft** für Hamburg Bedeutung erlangen. Hierzu gehört neben der Schifffahrt auch der sich dynamisch entwickelnde Bereich der Meerestechnik mit maritimer Sicherheit, Unterwassertechnik, Offshore Technik etc. Wie bei der erfolgreichen Entwicklung in der Luftfahrtindustrie kann mit diesem Bereich perspektivisch für Hamburg ein weiteres Wachstumsfeld erschlossen werden.
- Zu den wachstumsstarken Branchen gehört in Hamburg auch der **Tourismus**. Städtereisen und Kreuzfahrten erfreuen sich zunehmender Beliebtheit und der Standort Hamburg hat davon überproportional profitiert. Um die Akzeptanz der Anwohner zu erhalten, werden die Terminals mit Anschlüssen für Landstrom oder Flüssiggas zur Versorgung der Schiffe ausgestattet.
- Die Tourismusbranche darf nicht durch **ständig steigende bürokratische und finanzielle Belastungen** in ihrer Entwicklung behindert werden, wie z.B. überproportional steigende Mieten für Außengastronomieflächen, Heizpilzverbote, Tourismustaxe, nicht sachgerechte Hygienebarometer. Außerdem fehlt ein großes Kongresshotel, um dessen Flächenbedarf sich bisher niemand gekümmert hat und das wir in der Hafencity zu Marktkonditionen ohne Subventionen ansiedeln wollen.
- Dem demographischen Wandel soll zielgerichtet entgegengewirkt werden, indem junge, gut ausgebildete **Fachkräfte** durch ein gezieltes Standortmarketing angeworben werden. Dazu muss Hamburg als Lebensraum attraktiv sein, z.B. durch vielseitige kulturelle und andere Freizeitmöglichkeiten. Auch vielseitige und gute Ausbildungsstätten zur weiteren eigenen Qualifizierung und für die Ausbildung der Kinder müssen in ausreichender Kapazität vorhanden sein.
- Der Fachkräftemangel wird nicht allein durch Zuwanderung zu beheben sein. Deshalb wollen wir Anreize schaffen, **ältere Menschen länger im Arbeitsmarkt** zu halten. Bei Beschäftigung von Rentenbeziehern soll die bisherige Pflicht, den Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung abzuführen, entfallen. Gleichzeitig sollen Rentner ein Wahlrecht bekommen, durch Entrichtung des Arbeitnehmeranteils ihre Rente nach Ende der Beschäftigung aufzustocken.

Handlungsfeld 5 – Leistungsfähiges Bildungswesen

Jeder Mensch muss sich frei entfalten und seine Talente nutzen können. Es kommt darauf an, wo ein Mensch hin will – und nicht, woher er kommt. Die Frage, aus welchem Elternhaus ein junger Mensch stammt, darf nicht über seinen Lebensweg entscheiden. Deshalb wollen wir Freie Demokraten jedem die beste Bildung ermöglichen, damit er seinen persönlichen Lebensweg finden und beschreiten kann.

Die seit Jahren vom SPD-geführten Senat betriebene Bildungspolitik in Hamburg zementiert hingegen eine Spaltung in Gewinner und Verlierer. Das systematische Absenken des Niveaus und der Qualität des Unterrichts benachteiligt gerade die Kinder bildungsferner Familien. In den Kitas hat der Senat das Jahr vor der Einschulung beitragsfrei gestellt, aber gleichzeitig eine bessere Personalausstattung der Einrichtungen verweigert.

Beste Bildung ist ein Kernstück liberaler Politik. Bildungschancen – unabhängig von der Herkunft und dem Einkommen – sollen allen Bürgern ermöglichen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und selbstbestimmt zu leben. Lernen ist ein lebenslanger Prozess. Der Aufstieg durch Leistung muss durch die Bildung ermöglicht werden.

Ziele und Maßnahmen

- **Modernisierung des Bildungswesens:** Die umfassende Modernisierung des Bildungssystems würde Länder und Kommunen allein überfordern. Die Finanzierung muss daher eine Aufgabe des Gesamtstaates werden. Auch ideologisches Gezänk und bürokratische Reibungsverluste passen nicht mehr in eine Zeit, in der nicht mehr Hamburg mit Bayern im Wettbewerb steht, sondern Deutschland als Ganzes mit Nordamerika und China. Kindergärten, Schulen und Hochschulen sollen selbständig und professionell geführt werden.
- Nur wer eigene **Entscheidungshoheit bei Organisation, Budget, Profilbildung und Personal** besitzt, übernimmt auch engagiert Verantwortung und kann für beste Ergebnisse sorgen. Gleichzeitig muss es bundesweit eingehaltene Bildungsstandards und Abschlüsse geben, die sich am Niveau der besten Bildungseinrichtungen der Welt orientieren. Um dieses Ziel zu erreichen, muss den Bildungsausgaben die höchste Priorität eingeräumt werden. Wir fordern die Bundesregierung und den Hamburger Senat auf, die Ausgaben für Bildung so zu erhöhen, dass Deutschland gemessen am Staatshaushalt weltweit zu den führenden fünf Ländern zählt.
- **Frühkindliche Bildung:** Die Freien Demokraten fordern eine Verbesserung der Personalausstattung der Kitas. Die frühkindliche Bildung muss so entwickelt werden, dass Defizite wie z.B. mangelnde Sprachkenntnisse bereits vor der Einschulung erkannt und ausgeglichen werden. Bildungsinvestitionen in den ersten Lebensjahren zahlen sich über den späteren Bildungserfolg aus. Zu den Erfolgsfaktoren frühkindlicher Bildung zählen Flexibilität, Quantität und Qualität von Bildungseinrichtungen sowie eine stärkere Einbindung der Eltern in die Erziehungsarbeit. Dabei wird auf die verschiedenen Herkunftsländer und Sprachmöglichkeiten der jungen Menschen individuell und frühzeitig eingegangen, um Chancengleichheit und Bildungsperspektiven zu schaffen und zu ermöglichen.
- Die frühkindlichen Bildungseinrichtungen beeinflussen die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie**. Deshalb müssen die **Öffnungszeiten** der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen flexibel sein. Die FDP Hamburg fordert, dass der §9 Hamburger Kinderbetreuungsgesetz (Ki-beG) an die Lebensrealitäten der Eltern angepasst wird. Die täglich bis zu fünf- bis sechsstündige Betreuung in einer Kindertageseinrichtung soll dabei, wie in der Kindertagespflege, in ein Wochenkontingent umgewandelt werden. Langfristig ist es anzustreben das Wochenkontingent auf ein Monats-, bzw. (Halb)jahreskontingent auszuweiten.
- Angesichts der gestiegenen und weiterhin steigenden Anforderungen setzen sich die Freien Demokraten für eine **Aufwertung des Erzieherberufs** ein, bei der insbesondere über die Reform der Ausbildung nachgedacht werden muss. Insbesondere muss die Ausbildung in Deutschland vereinheitlicht werden. Anzustreben ist eine duale Ausbildung.
- **Unterrichtsqualität:** Statt endloser Strukturexperimente brauchen wir eine Qualitätsoffensive in der Bildung. Die Herstellung und Sicherung von Qualität und Vergleichbarkeit ist durch Transparenz und überprüfbare Standards zu garantieren. Jedoch sind alle Bemühungen um gute oder beste Fachbildung nichts, wenn die Lehrerschaft nicht entsprechend motiviert ist. Gefordert wird deshalb eine Reform der Führung in der Behörde

für Schule und Berufsbildung und in den Schulen. Die Einbeziehung der Lehrerinnen und Lehrer in alle Bereiche des „Qualitätsunternehmens“ Erziehung und Ausbildung sind eine wichtige Grundlage für die Motivation aller Mitarbeiter und am Ende auch der Schüler. Eine verbesserte Auswahl sowie Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte ist die Grundlage guten Unterrichts.

- **Digitalisierung der Schule:** Die Schulen müssen auch eine Antwort auf die Digitalisierung unserer Gesellschaft liefern. Wir fordern nicht nur eine Stärkung der Medienkompetenzförderung, sondern auch die Anwendung modernster Methoden. In der vernetzten Welt können Hausaufgaben online gestellt, Schüler bei Bedarf via Webcam zuhause unterrichtet werden, und digitale Lernmittel das Gewicht des Ranzens reduzieren. Hierzu braucht es einen Landesaktionsplan. Auch wenn die oben genannten Punkte heutzutage beinahe essentiell sind, fällt auf, dass Lehrer aufgrund des Lehrplans zum einen nur beschränkte Möglichkeiten haben, zum anderen fehlt es jedoch schlichtweg auch an Knowhow. Daher fordern wir, dass Lehrer (abhängig von ihren zu lehrenden Fächern) regelmäßig verpflichtend an Fortbildungen teilzunehmen, um stets auf einem angemessenen Stand zu sein, was Medienwissen angeht. Ziel dabei sollte es sein, dass der Lehrerinnen und Lehrer Grundkompetenzen erwerben, die zumindest dem Wissen der Schüler gleichkommen.
- **Inklusion:** Es gibt Menschen mit unterschiedlichen Begabungen. Daher kommt es auf die Förderung individueller Fähigkeiten an. Jedem soll die Möglichkeit eröffnet werden, sein eigenes Potenzial auszuschöpfen. Daher sind wir für ein mehrgliedriges und durchlässiges Schulsystem einschließlich Förderschulen. Die Ausstattung der Stadtteilschulen, auf denen die Hauptlast der Inklusion liegt, ist deutlich zu verbessern.
- **Schule als Integrationsmotor:** Die Integration von Zuwanderern ist eine langfristige Aufgabe des Bildungssystems. Die Vermittlung der deutschen Sprache, Toleranz, Demokratie, Menschenrechte, Gleichberechtigung sowie kulturelle und soziale Werte sind Ziele des Unterrichts. Gesundheitliche Aufklärung, Sport und Bewegungsmöglichkeiten sollen einen hohen Stellenwert erhalten.
- **Politikverdrossenheit aus Schulen vertreiben:** Die Schule soll frei von politischer Beeinflussung bleiben. Wir wollen aber verhindern, dass aus falsch verstandener Neutralität die Bildung einer eigenständigen politischen Meinung bei jungen und engagierten Menschen unnötigerweise behindert wird. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass in Schulen, gerade im Politikunterricht, Diskussionen mit Vertretern verschiedener politischer Richtungen stattfinden können. Dazu gehören auch Vertreter öffentlicher Institutionen wie der Bundespolizei und der Bundeswehr. So lernen Jugendliche nicht nur am lebenden Beispiel wie Politik funktioniert, sie haben auch eine Chance sich aktiv einzubringen und Fragen zu stellen. So wird Politik erfahrbar und kann der Politikverdrossenheit, die oft durch Unkenntnis oder Vorurteile über politische Abläufe entsteht, abgebaut werden. Daher ist in die Rahmenpläne für den Politikunterricht der regelmäßige Austausch mit Vertretern verschiedener politischer Parteien und politischen Akteuren aufzunehmen.
- **Duale Ausbildung und allgemeinbildende Schulen:** Die allgemeinbildenden Schulen sollen Partnerschaften mit Unternehmen eingehen, um die Berufsrealität aufzuzeigen und regelmäßige Praktika zu vermitteln. In diese Partnerschaften sind nach Möglichkeit alle an Schulen tätige Lehrkräfte einzubinden, sodass hierdurch gewonnene Erfahrungen bestmöglich in den Unterricht einfließen.

- **Berufliche Bildung:** Das erfolgreiche duale Ausbildungssystem muss erhalten werden. Die Ausbildungsreife mit entsprechenden Leistungen in Deutsch, Mathematik und in Englisch muss ein Ziel der allgemeinbildenden Schule sein und erreicht werden
- **Bildungsfinanzierung:** Staatliche Anbieter und Einrichtungen in freier Trägerschaft machen die Vielfalt von Bildungseinrichtungen aus. Ziel ist die gleiche finanzielle Ausstattung privater und staatlicher Einrichtungen.
- **Elternunabhängiges BAföG einführen:** Wir wollen jedem Menschen Bildungschancen ermöglichen – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Gerade Studierende an der Grenze zur BAföG-Berechtigung müssen sich heute oftmals mit Nebenjobs über Wasser halten oder ihr Studium über Kredite finanzieren. Damit junge Erwachsene nicht in Nachweisbürokratie erstickt und ihren Bildungsweg unabhängig planen können, setzen wir uns deshalb für ein elternunabhängiges BAföG für alle Studierenden ein, dessen Höhe sich an den regionalen Lebenshaltungskosten orientiert. Die Hinzuverdienstgrenzen beim BAföG sollen zukünftig entfallen. Im Gegenzug wollen wir die Rückzahlungshöchstgrenze des Darlehensteils und die Kinderfreibeträge für die Eltern der BAföG-Empfänger abschaffen. Da Leistungen nach dem BAföG jedoch nicht die Unterhaltspflichten leistungsfähiger Eltern ersetzen darf, sind diese Unterhaltsansprüche entweder abzutreten oder aber BAföG-Leistungen können insgesamt nur als Darlehen gewährt werden.

Handlungsfeld 6 – Herausragender Wissenschafts- und Forschungsstandort

Der SPD-geführte Senat betreibt seit Jahren eine Wissenschaftspolitik, die den Hochschulstandort Hamburg nachhaltig und strukturell schwächt. Die reale Kürzung der Zuweisungen wegen der Kappung auf 0,88 % nomineller Zuwachsrates und die Nichtweitergabe der so genannten BAföG-Millionen haben zu einem Abbau von Professorenstellen und Studienanfängerplätzen geführt. Mindestens die Universität Hamburg und die Technische Universität Hamburg-Harburg leben von der Substanz. Dies ist an den Wirtschaftsplänen und oft an dem Zustand der Gebäude abzulesen. Es ist ausgeschlossen, dass die Hamburger Hochschulen ohne eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung auch nur das derzeitige Niveau halten können.

Erforderlich ist aber eine deutliche Verbesserung. Bereits heute befinden sich die Hochschulen in einem globalen Wettbewerb um die besten Köpfe. Mit wenigen Ausnahmen (Forschungszentrum Bahrenfeld und sein Umfeld sowie die Klimaforschung) kann Hamburg Spitzenleuten wenig bieten. Nicht nur die klassischen Spitzenuniversitäten wie Harvard oder Oxford sind besser aufgestellt, auch viele weniger bekannte Standorte haben erhebliche Anstrengungen unternommen. In diesem Wettbewerb wird Hamburg mit einer bloßen Fortschreibung der bisherigen Wissenschaftspolitik nicht mithalten können. Wenn aber im Wissenschaftsbereich international der Anschluss verloren geht, wird auch der Wirtschaftsstandort verlieren. Ein Verlust an Arbeitsplätzen und finanziellen Möglichkeiten wären die Folge.

Schließlich ist zu beachten, dass sich unser Wissen sehr dynamisch entwickelt. Das an der Hochschule erworbene Wissen ist in den meisten Fällen lediglich das Fundament lebenslangen Lernens, welches ein erfolgreiches Berufsleben erst möglich macht. Die Vermittlung von Wissen an Personen, die bereits einige Jahre oder Jahrzehnte im Berufsleben stehen, ist eine Herausforderung, auf welche die Hamburger Hochschulen nicht ausreichend vorbereitet sind.

Ziele und Maßnahmen

- Hamburg muss sich zu einem **herausragenden Wissenschafts- und Forschungsstandort** entwickeln. Nur so kann die Stadt im weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen. Nur so kann ein gutes Klima für eine Synthese aus Forschung und innovativen Unternehmen entstehen, Hamburg muss ein Science City werden.
- Hierzu müssen die **Hochschulen** gute Voraussetzungen erhalten. Das bedeutet, dass sie von unnötiger Bevormundung durch Politik und öffentliche Verwaltung befreit werden müssen. Sie müssen völlige Personalhoheit erhalten und tariffähig werden. Sie müssen selbst über ihre Gebäude entscheiden können und ihnen dürfen nicht ganze Forschungszweige von der Politik verboten werden wie z.B. die militärische Forschung oder die Gentechnologie. Sie müssen finanziell so ausgestattet werden, dass sie für Spitzenleute attraktiv sind und überdurchschnittliche Studienbedingungen bieten können.
- Die Hochschulen müssen aber auch an sich selbst hohe Anforderungen stellen. Sie müssen ihre **Internationalisierung** entschlossen vorantreiben. Dazu gehören eine starke Ausweitung des Studienangebotes in englischer Sprache, verstärkte Bemühungen um Austausch von Lehrenden und Lernenden einschließlich der Anerkennung der im Ausland erbrachten Forschungs- und Studienleistungen. Sie müssen weiter bereit sein, Schwerpunkte zu bilden. Angesichts der voraussichtlich nicht beliebig steigerbaren Ressourcen können sie das geforderte Spitzenniveau nicht auf allen Gebieten darstellen. Welche Schwerpunkte das sein können, sollte unter Beteiligung internationaler Experten festgelegt werden. Nach derzeitigem Stand bieten sich Life Science, Logistik und Luftfahrt, untermauert mit Philosophie/Ethik an.
- Schließlich müssen sich alle Hochschulen konsequent dem **Wettbewerbs- und Leistungsgedanken** stellen und an allen seriösen Rankings teilnehmen. Weiter müssen die Hochschulen ein anspruchsvolles Angebot akademischer Weiterbildung vorhalten.
- Eine deutlich verbesserte finanzielle Ausstattung der Hochschulen nützt jedoch nur wenig, wenn deren Stärken nicht schnell für die **Schaffung anspruchsvoller Arbeitsplätze** genutzt werden. Deshalb müssen konsequent Technologieparks möglichst in der Nähe der einschlägigen Forschungseinrichtungen geschaffen und gefördert werden. Auf diese Weise erfolgt nicht nur ein schneller Wissenstransfer, es ist auch eine umgehende Rückkopplung von den Unternehmen in die Hochschulen möglich. Auf diese Weise können auch erfolgreicher und einfacher Drittmittel eingeworben werden. Jedoch werden diese Technologieparks auf Dauer nur Erfolg haben, wenn die Hamburger Verwaltung konsequent auf eine wirtschaftsfreundliche Handlungsweise verpflichtet wird: Ein verantwortlicher Ansprechpartner, digitale Kommunikation, unbürokratische Handhabung der Vorschriften.
- Mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 und der Finanzplanung 2016 - 2021 muss dringend der Unterfinanzierung der Hamburger Hochschulen entgegengewirkt werden. Die **Zuwendungen** müssen mindestens um 2 % pro Jahr steigen. Zudem müssen die BAföG-Millionen regelmäßig in voller Höhe an die Hochschulen ausgezahlt werden. Keinesfalls darf der demographische Wandel zu einer Kürzung der Zuweisungen an die Hochschulen missbraucht werden.
- Die zusätzlichen Finanzmittel sollten jedoch nicht voraussetzungslos in ein unverändertes System eingespeist werden. Die Hochschulen müssen die beschriebene **Profilbildung** vornehmen und ihre Internationalisierung vorantreiben. Zur Unterstützung dieser Bereitschaft sollten entsprechende Regelungen in die Ziel- und Leistungsvereinbarungen aufgenommen und deren Umsetzung durch eine Ausweitung der leistungsorientierten Mittel-

vergabe gefördert werden. Zur Förderung von Spitzenleistungen sollte außerdem die Wissenschaftsstiftung wiedererrichtet werden, bei der eine unabhängige Jury über die Förderung besonders wichtiger Forschungsprojekte entscheidet.

- In den nächsten Jahren werden viele Professoren in den Ruhestand gehen, so dass Stellen und **Mittel für Umstrukturierungen** frei werden. Diese Gelegenheit sollte zur Profilbildung, aber auch zu einer Stärkung des akademischen Mittelbaus genutzt werden.
- Anders als bisher sollten die **privaten Hochschulen** von der zuständigen Behörde fair in den Wettbewerb um Forschungsgelder und Bundesmittel einbezogen werden. Die Bucerius Law School, die Hamburg School of Business Administration, die Hochschule Fresenius und die Kühne School of Logistics sollten Vorbild für weitere private Hochschulen mit hohem Niveau in Hamburg sein.
- Zur Stärkung des Medienstandorts sollte Hamburg in den Ausbau von **Bildungseinrichtungen und Studiengängen im digitalen Medienbereich** investieren.

Handlungsfeld 7 – Hoheitliche Aufgaben und öffentliche Dienstleistungen

Schnelles Recht ist gutes Recht. Dieser Grundsatz gilt nicht in Hamburg. Bürger und Unternehmen leiden unter langwierigen Gerichts- und Verwaltungsverfahren.

Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit und des Jugendschutzes stehen in Hamburg vor großen Problemen, da die Polizei und die Bezirksämter personell und technisch unzureichend ausgestattet sind.

Nur in Ansätzen sind moderne dialoggestützte Verwaltungsabläufe in Hamburg realisiert. Es herrscht ein großer Modernisierungsstau und Nachholbedarf in der vorgangsorientierten Bearbeitung in der Hamburger Verwaltung.

Ziele und Maßnahmen

- **Hoheitsaufgaben** besonders im Bereich Innere Sicherheit, Rechtsprechung und Jugendschutz sind Kernaufgaben des Staates, auf den Freie Demokraten ihn reduzieren, dadurch aber auch stärken und entsprechend ausstatten wollen.
- Die **Hamburger Verwaltung** sollte internationaler und weltoffener agieren. Die zunehmende Internationalität der Stadt erfordert eine Kommunikation nicht nur auf Deutsch, sondern insbesondere auch auf Englisch. Englisch soll zudem als weitere Verkehrssprache eingeführt werden.
- Die Bürger Hamburgs erwarten einen **kompetenten, zügigen und freundlichen Service** – Gewerbe genehmigungen sollten durch bessere Koordination der beteiligten Behörden schneller erteilt werden, Baugenehmigungen innerhalb von drei Monaten.
- Es ist schon heute aus informationstechnischer Sicht möglich, bürgerorientierte Verwaltungsvorgänge zu digitalisieren, für Endgeräte verfügbar zu machen und die Vorgangsbearbeitung als IT-gestützten Workflow anzubieten. Hamburg sollte mit seinen Dienstleistern eine bürgerfreundliche **digitale Strategie der Verwaltungsmodernisierung** entwickeln und dabei die vollständige Verschlüsselung der Behördenkommunikation zum Standard erheben.

- Für alle Anträge, die man in einem Kundencenter einreichen kann, muss geprüft werden, welche Anträge auch über ein **Onlinetool** eingereichten werden könnten. Der herkömmliche Weg Anträge „analog“ zu stellen immer beibehalten werden muss. Bei einer positiven Evaluation soll das Verfahren stufenweise auf alle Behördenvorgänge erweitert werden.
- Die **Kundenzentren der Bezirke** sind aufgrund der vorliegenden statistischen Ermittlungen auf die tatsächlichen Bedürfnisse hinsichtlich Standorte und Personalausstattung auszurichten, um lange Wartezeiten zu vermeiden.
- Um den Herausforderungen gerecht zu werden, sollte Hamburg eine **integrierte und vernetzte IT-Infrastruktur** bereitstellen, die es Zuwanderern und ausländischen Beschäftigten ermöglicht, bereits in ihren Herkunftsländern die erforderlichen Anmeldungen weitgehend zu erledigen.
- **Gesetzliche Regelungen** sind regelmäßig auf ihre Verhältnismäßigkeit zu überprüfen. Eingriffe in Grundrechte sollen eine Befristung ihrer Geltung enthalten, wie von der FDP in Hamburg ursprünglich für die landesgesetzlichen Umsetzungen der Anti-Terror-Gesetzgebung in den Jahren 2001/2002 durchgesetzt. Auf den Prüfstand gehören für uns insbesondere die Eingriffe in Grundrechte, die vorgeblich punktuell zur Terrorismusbekämpfung erfolgt sind. Dies gilt besonders für prozessrechtliche Einschränkungen der Verteidigerrechte, den sogenannten großen Lauschangriff, die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, die geheimdienstlichen und polizeilichen Befugnisse der sogenannten Otto-Kataloge und die daraus folgenden Verschärfungen der Landespolizei- und Verfassungsschutzgesetze.
- **Sicherheit** macht man nicht mit hektischem Gesetzgebungsaktionismus, sondern mit einer strukturell einsatzfähigen Polizei. Dafür ist eine aufgabenadäquate Personalstärke der Hamburger Sicherheitsbehörden und besonders der Polizei notwendig. Wichtig sind auch haushaltspolitische Rahmenbedingungen, die eine langfristige Gesundheit der Altersstrukturen der Personalkörper betreiben und danach auch deren Erhalt.
- Die Polizei muss die Innere Sicherheit vor Ort in den Stadtteilen durch **leistungsfähige bürgernahe Beamten** gewährleisten, daher darf es keine weiteren Fusionen von Kommissariaten zur Einsparung geben. Die Kriminalpolizei muss Kriminalitätsphänomene strategisch und dauerhaft bekämpfen. Die KTU muss ausreichend funktionsfähig sein, um Aufgaben vollständig und zeitnah erfüllen zu können. Die mobile Sprach- und Datenübertragung sowie die Datenverwaltung in den Sicherheitsbehörden müssen technisch auf dem neusten Stand sein, aber auch gesetztes- und verfassungskonform.
- Zu überprüfen sind die taktische **Ausbildung sowie die Ausrüstung von Polizei und Sicherheitskräften** hinsichtlich neuer Gefahrenlagen durch aktuelle Formen von Terrorismus. Auf die zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen Migrantengruppen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund muss mit besonderen Zusatzausbildungen der Polizei für Sprachkenntnisse und interkultureller Dialogkompetenz reagiert werden.
- Die heute starr getrennten **Polizeidienstlaufbahnen** müssen flexibilisiert werden, ebenso die Möglichkeiten der Zuschläge für gefährliche Aufgaben mit dem Ziel, den einzelnen Beamten leistungsgerecht zu bezahlen. Es müssen mehr Möglichkeiten für Seiteneinsteiger eröffnet werden. Der Direkteinstieg für die Kriminalpolizei muss erhalten werden. Es sind unverzüglich spezielle Laufbahnen für Spezialkriminalisten mit qualifikationsadäquater Besoldung und Aufstiegsperspektiven zu schaffen. Die Rekrutierung von Bewerbern mit internationalem Migrationshintergrund für den Polizeidienst muss noch stärker betrieben und erfolgreicher werden.

- Die FDP Hamburg bekennt sich zum von der **Feuerwehr** definierten GBF Schutzziel (GBF = Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Deutschland). Der aktuelle Zielerreichungsgrad liegt bei 74,4 % (z.B. in Volksdorf bei 11,1%, Harvestehude bei 73,3%) bei einem kritischen Wohnungsbrand. Die FDP fordert, dass die durch folgende Maßnahmen der Zielerreichungsgrad erhöht wird:
 - Neueinteilung der Einsatzgebiete, damit immer gewährleistet wird, dass die Feuerwehr alarmiert wird die am dichtesten dran ist,
 - den Bau einer leistungsstarken Rettungsleitstelle, die den Ansprüchen der modernen Zeit gerecht wird,
 - den Bau von Neuen Feuerwehrräumen, sowie die Einstellung der zusätzlich benötigten Beamten, so dass ein Zielerreichungsgrad von 85% immer gewährleistet wird,
 - die Integration der Feuerwehr in ein modernes Verkehrsleitsystem, damit sich ein Löschzug auf dem Weg zum Einsatz selbstständig eine Grüne Welle schalten kann, um schneller zum Einsatzort zu kommen.
- Wir Freie Demokraten fordern die **weitgehende Zentralisierung der Gerichte und gerichtsnahen Dienste (Jugendgerichtshilfe)** in einem Hamburger Justizzentrum zur Effizienzsteigerung. Die bestehenden Stadtteilgerichte (Amtsgerichte) werden hinsichtlich des künftigen Bedarfs der Bevölkerung ortsnahe Rechtsprechung gesondert überprüft.
- Wir befürworten eine maßvolle **Schaffung neuer Richterstellen** nach fachspezifischen Erfordernissen. Wir fordern nach einem Vergleich der Anforderungsprofile die Angleichung der Besoldung der Justizvollzugsbeamten an die Laufbahn- und Gehaltsstruktur des Polizeivollzugsdienstes.
- **Internationale Gerichtsbarkeit:** Neben dem Internationalen Seegerichtshof sollten weitere staatenübergreifende Justizinstitutionen in Hamburg angesiedelt werden. Dazu gehört auch die Schiedsgerichtsbarkeit bei Handelsabkommen.

Handlungsfeld 8 – Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik

Die gute Wirtschaftsentwicklung und historisch niedrige Zinsen haben dafür gesorgt, dass seit 2014 die Staatsausgaben von den Einnahmen gedeckt werden und Hamburg derzeit keine zusätzlichen Kredite aufnehmen muss. Das heißt aber leider nicht, dass die Finanzen der Stadt damit in Ordnung gebracht wären.

Noch immer gibt es weder eine kostendeckende Vorsorge für Pensionsverpflichtungen noch wird der seit Jahren dauernde Substanzverzehr vollständig offengelegt, geschweige denn, dass ihm Einhalt geboten würde.

Nach versicherungsmathematischen Berechnungen werden die Versorgungsrückstellungen für Pensionen und Beihilfen weiter kräftig steigen. Der jährliche Abschreibungsbedarf zur Kompensation des Substanzverzehrs wird sich auf 700 bis 800 Mio. Euro belaufen. Die kaufmännische Ergebnisrechnung wird also weiterhin hohe Verluste ausweisen, selbst wenn die Steuereinnahmen so kräftig sprudeln sollten wie bisher.

Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass ein Staat ebenso wie ein Unternehmen mit Fremdkapital arbeiten kann, nur dürfen die gesamten Verbindlichkeiten die Summe der Vermögenspositionen nicht übersteigen, was in Hamburg der Fall ist. Die nach kaufmännischen Grundsätzen aufgestellte Bilanz weist per Ende 2014 ein negatives Eigenkapital von rund

22 Mrd. Euro aus, mehr als eine Verdoppelung zum Vorjahr. Dieses negative Eigenkapital wird bei andauernden Verlusten in Milliardenhöhe weiter steigen. Ein Privatunternehmen müsste Insolvenz anmelden.

Die Verschuldung der Stadt und ihre daraus folgende Handlungseinschränkung wachsen also. Das wird für den Bürger sichtbar z.B. durch den zunehmenden Verfall der öffentlichen Infrastruktur. Versucht der Senat – wie derzeit – die Straßen zu sanieren, tun sich an anderer Stelle neue oder wachsende Löcher auf, zu besichtigen im Hafen und bei öffentlichen Gebäuden.

Wir wollen Hamburgs Finanzen grundlegend sanieren und den Haushalt auf Dauer stabilisieren. Dazu bedarf es in den nächsten Jahren weit größerer Anstrengungen als es die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse erfordert. Ziel muss dabei eine stetige Verringerung des negativen Eigenkapitals sein. Wenn eine deutliche Reduzierung der bilanziellen Überschuldung nicht gelingt, sind massive Einschnitte in die öffentliche Daseinsvorsorge unausweichlich. Damit würden vor allem zukünftige Generationen belastet.

Hamburg, die Stadt der Kaufleute, sollte wie ein Unternehmen nach kaufmännischen Grundsätzen geführt werden und einen Weg aus der gegenwärtigen Überschuldung finden. Es ist uns Liberalen bewusst, dass dieses Ziel ohne konsequente Ausgabendisziplin nicht zu erreichen ist. Dieser Aufgabe wollen wir uns stellen.

Ziele und Maßnahmen

- **Transparente Finanzpolitik:** Seit dem 1. Januar 2015 ist die auf Antrag der FDP erfolgte Umstellung des kameralen Rechnungswesens auf eine kaufmännische Buchführung (Doppik) abgeschlossen. Vermögen und Schulden, Aufwand und Ertrag sind nunmehr für jedermann sichtbar. Aufbauend hierauf muss sich die Leistungserbringung der Verwaltung zukünftig an klaren Zielen und Kennzahlen messen lassen. Zusätzlich verlangt die FDP die transparente Darstellung aller sonstigen Haushaltsrisiken im Jahresabschluss, für die die Freie und Hansestadt Hamburg unmittelbar haftet. Das betrifft auch Bürgschaften und staatliche Garantien wie z.B. für die HSH Nordbank.
- **Begrenzung der finanzpolitischen Risiken:** Im Jahr 2014 mussten die Hamburger Beteiligungen um 2,2 Mrd. Euro wertberichtigt werden. Ein Grund für uns, alle Beteiligungen der Freien und Hansestadt Hamburg an öffentlichen Unternehmen auf den Prüfstand zu stellen. Nur bei Beteiligungen, die Aufgaben erfüllen, für die es keinen eigenen Markt gibt oder sich dieser regulatorisch nicht herstellen lässt, kann auf eine Veräußerung verzichtet werden. Andernfalls werden wir privatisieren, insbesondere wenn dies aus ordnungspolitischen Gründen geboten ist.
- **Subventionsdschungel lichten:** Seit Jahren wächst mit den in Hamburg steigenden Förderausgaben die Subventionsmentalität, sowohl auf Nehmer- als auch auf Geberseite. Wir wollen, dass alle bestehenden und zukünftigen Zuwendungen Hamburgs einer ständigen Erfolgskontrolle unterzogen werden, dass sie nach Möglichkeit degressiv und zeitlich befristet gewährt und neue Zuwendungen durch Streichung bestehender gegenfinanziert werden. Insgesamt gilt es den Gesamtbetrag der Subventionen zu reduzieren.
- **Schlanker Staat:** Wir verlangen die Reduzierung der Anzahl der Verwaltungseinheiten auf allen Ebenen, um die Verwaltung effizienter als bislang zu organisieren. Wir werden alle Aufgaben, die die Freie und Hansestadt Hamburg erfüllt, hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und ihrer effizienten Erledigung sowie auch der Wahrung des Subsidiaritätsprinzips überprüfen. Wir wollen Aufgaben, die nicht hoheitlicher Natur sind, soweit wie möglich auf

Private übertragen. Wir wollen alle bestehenden gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen evaluieren. Darüber hinaus beabsichtigen wir, für neue Regelungen grundsätzlich eine Evaluationspflicht sowie Befristung vorzusehen. Wir streben an, Genehmigungs- und Informationserfordernisse dort, wo es rechtlich möglich und sinnvoll ist, durch Genehmigungsfiktionen zu ersetzen. Hiermit ist gemeint, dass entsprechende Anträge als genehmigt gelten, wenn diesen innerhalb einer festgelegten Frist nicht widersprochen wurde.

- **Reform der Beamtenpensionen:** Wir wollen die Rentenreformen auf das Pensionswesen der Beamten übertragen. Das heißt insbesondere die Einführung eines Nachhaltigkeits- bzw. Demographie-Faktors, auch sollen die Ausbildungszeiten analog zur gesetzlichen Rentenversicherung geregelt werden. Damit wird den Beamten kein Sonderopfer abverlangt, sondern sie werden den Angestellten in der Versorgung gleichgestellt. Wir wollen einen zukunftssicheren Versorgungsfonds für Hamburger Beamte einrichten. Hierzu soll ein unabhängiger Fonds mit professionellem Portfoliomanagement aufgebaut werden. In diesen wird jährlich für jeden Beamten ein auf versicherungsmathematischer Grundlage errechneter Betrag für die zu erwartenden Pensions- und Beihilfeleistungen eingezahlt.
- Wir beabsichtigen, nur noch für **hoheitliche Aufgaben** im engeren Sinne Verbeamtungen durchzuführen. Zu diesen zählen für uns insbesondere der Polizeidienst, die Feuerwehr und die Justiz sowie Teile der engeren Staatsverwaltung. Dort wo der Wettbewerbsföderalismus einem Verzicht auf die Verbeamtung den Interessen Hamburgs widerspricht, werden wir uns für länderübergreifende Lösungen einsetzen.
- **Faire Steuerpolitik:** Wir Liberalen stehen dafür ein, die Belastung der Menschen und Unternehmen durch Steuern und Abgaben nicht zu erhöhen. Mit wirtschaftsfreundlicher Politik und Unternehmensansiedlungen werden wir erreichen, dass Hamburgs Steuereinnahmen kräftig steigen und die Haushaltssanierung ohne Steuererhöhungen möglich ist. Wir wenden uns entschieden gegen die derzeit stattfindende Überforderung des Sozialstaates und der sozialen Sicherungssysteme. Das ständige Drehen an der Steuerschraube lehnen wir ab.
- **Generationengerechte Finanzpolitik:** Der sich schon in vollem Gang befindenden demographische Wandel sorgt bei einem gleichzeitig starren, unflexiblen und nicht mehr zeitgemäßem System der Renten und der Altersvorsorge im Allgemeinen für finanzielle Probleme in der Zukunft. Dies ist an der bereits heute horrenden Verschuldung der Freien und Hansestadt Hamburg abzulesen. Um die Lebensqualität auf dem heutigen Niveau zu halten und zu steigern, sind aber auch Investitionen erforderlich. Wir bekennen uns als Freie Demokraten dabei aber zu einem nachhaltigen, generationengerechten Einsatz finanzieller Mittel. Das heißt insbesondere, dass die Schuldenbremse nicht angetastet werden darf und Schulden abgebaut werden müssen.
- Bis 2050 muss **Hamburg schuldenfrei** sein. Dafür ist es notwendig, dass für Großprojekte eine ausführliche Planung stattfindet, um eine Kostenexplosion zu verhindern. Dieser generationengerechte Ansatz muss insbesondere in der Bürgerschaft gelten. Bei Anträgen, die Haushaltsmittel beanspruchen, muss ein Vorschlag der Gegenfinanzierung erfolgen.

Handlungsfeld 9 – Leistungsfähiges Gesundheitswesen

Die gesundheitliche Versorgung steht in den nächsten 20 Jahren vor enormen Herausforderungen. In keinem anderen Politikfeld wird der demographische Wandel so einschneidende Folgen haben: Der Anteil der älteren Menschen wird stark steigen und damit grundsätzlich auch die Nachfrage nach medizinischer und pflegerischer Hilfe. Umgekehrt wird der Anteil jüngerer Menschen abnehmen und damit die Zahl derjenigen, die medizinische und pflegerische Leistungen erbringen. Zwar ist damit zu rechnen, dass durch den medizinischen Fortschritt viele Menschen auch in höherem Alter noch bei guter Gesundheit sind und deshalb wenig Hilfe brauchen. Jedoch wird es immer mehr Menschen mit stark einschränkenden Krankheiten wie Demenz geben, die umfangreicher Hilfe bedürfen. Der auf diese Weise entstehende zusätzliche Versorgungsbedarf wird durch eine einfache Fortschreibung der derzeitigen Gesundheitspolitik nicht zu befriedigen sein.

Die Folgen der demographischen Entwicklung werden durch die Zunahme von Single-Haushalten und die zunehmende räumliche Mobilität verstärkt. Dies führt dazu, dass im Krankheits- oder Pflegefall viele Menschen nicht mehr durch die Familie unterstützt werden, sondern auf professionelle Hilfe angewiesen sind. Auf diese Weise entsteht hier ein zusätzlicher Personalbedarf.

Abgesehen vom demographischen Wandel gibt es eine weitere Entwicklung, die die gesundheitliche Versorgung in Frage stellt. Seit Jahren wird zu wenig getan, um die medizinischen und pflegerischen Berufe attraktiv zu machen. Im Gegenteil führen immer umfangreichere bürokratische Vorschriften und eine zunehmende Misstrauenskultur gegenüber Ärzten und Pflegern zu Frust. So müssen gut ausgebildete Fachkräfte einen immer größeren Teil ihrer Arbeitszeit auf die Dokumentation ihrer Arbeit statt auf die eigentliche Arbeit verwenden. Unter dem Schlagwort Prozessqualität werden immer mehr formale Pflichten auferlegt, deren Sinn meist sehr zweifelhaft ist, deren Einhaltung aber von Kontrolleuren der Krankenkassen und des Staates jedoch streng überwacht wird.

Die aufgezeigten Gefahren betreffen nicht nur die Hilfsbedürftigen und deren Helfer. Sie bedrohen auch den Standort Hamburg. Im weltweiten Kampf um die besten Köpfe muss Hamburg auch mit einem ausgezeichneten Gesundheitssystem punkten. Selbst wenn Infrastruktur und Wissenschaft auf Weltniveau gebracht würden, wäre dieser Kampf verloren, wenn den angesprochenen Spitzenkräften woanders eine bessere gesundheitliche Versorgung angeboten wird. Gerade wer selbst Spitzenleistungen erbringt, erwartet zu Recht, dass für sein wichtigstes Gut, seine Gesundheit, an seinem Arbeitsort Spitzenleistungen geboten werden und keine unterbesetzten und demotivierten Ärzte und Pfleger mit veralteter Technik. Bleiben aber Spitzenleute aus, wird es nichts mit Spitzenforschung im Bereich Life Science. Das wiederum schwächt den Gesundheitsstandort Hamburg.

Ziele und Maßnahmen

- Hamburg muss ein **leistungsfähiges Gesundheitssystem** zum Ziel haben, genauer: ein überdurchschnittlich leistungsfähiges Gesundheitssystem. Das erwarten die Bürger zu Recht und nur so kann Hamburg die besten Köpfe auf allen Gebieten für sich gewinnen.
- Das Hamburger Gesundheitssystem muss **erstklassige Behandlungstechniken** anbieten. Es muss möglich sein, auch heute scheinbar nicht oder nur palliativ zu behandelnde Krankheiten zu heilen. Wenn es nämlich gelingt, entscheidende Fortschritte bei der Behandlung chronischer oder stark einschränkender Krankheiten zu machen, hilft man nicht nur den betroffenen Menschen, sondern der ganzen Gesellschaft: Menschen, die bisher

aufgrund ihrer Erkrankung abseits standen und außerdem viele Ressourcen für ihre Pflege in Anspruch nahmen, können wieder selbst aktiv am Arbeitsleben teilhaben und so die Folgen des demographischen Wandels verringern.

- Hamburg muss ein weltweit anerkannter **Standort für medizinische Spitzenforschung** werden. An einem solchen Standort sammeln sich Spitzenleute und es werden zukunfts-trächtige Behandlungsmethoden erdacht und erprobt. Dies ist die beste Voraussetzung, um den Bürgern der Stadt erstklassige Behandlungstechniken anzubieten. Hinzu kommt, dass dies maßgeblich zum Ansehen des Wissenschaftsstandortes und damit zum Wirtschaftsstandort beitragen wird. So entsteht ein Klima des Aufbruchs und der Geborgenheit, das die besten Köpfe anzieht.
- Das **Hamburger Gesundheitssystem** soll aber nicht nur technisch, sondern auch menschlich erstklassig sein. Die beste Operationstechnik oder medikamentöse Therapie bleibt unter ihren Möglichkeiten, wenn sich nicht kompetente und engagierte Menschen um die Vor- und Nachsorge kümmern. Deshalb müssen die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen unbedingt verbessert werden. Dabei geht es am wenigsten um die Bezahlung, sondern vor allem darum, dass die Mitarbeiter vom Chefarzt bis zur Pflegeassistentin ihre Arbeit gerne tun und dass ihnen seitens Politik, Behörden, Krankenkassen und Medien mit Vertrauen begegnet wird.
- Zu einer guten Vor- und Nachsorge gehört aber auch eine funktionierende **wohnahe Versorgung** in kleinen Einheiten. Sicher sind für manche komplexen Behandlungen große Krankenhäuser nötig, aber eine ambulante Versorgung durch Arztpraxen und Pflegedienste ist nicht nur finanziell günstiger, sondern auch individueller.
- Es muss aber auch die **Gesellschaft insgesamt einen erheblichen Wandel in ihrem Verhältnis zu kranken und pflegebedürftigen Menschen** vornehmen. Die meisten dieser Menschen können und wollen einen aktiven Beitrag leisten. Wenn sie dazu durch moderne Behandlungsmethoden in die Lage versetzt werden, müssen sie auch die Chance dazu erhalten. Das bedeutet einen Bewusstseinswandel, aber auch ein Hinterfragen mancher gut gemeinter Schutzvorschriften. Z.B. werden die Einstellungschancen von Schwerbehinderten dadurch enorm verschlechtert, dass diese nach der Hamburger Behördenpraxis nahezu unkündbar sind. Es würde ihnen sehr helfen, wenn Kündigungen regelmäßig erlaubt werden – zumindest dann, wenn die Kündigung erkennbar nicht wegen der Behinderung ausgesprochen wurde.
- Eine solche Inklusion im Arbeitsleben muss von einer **Inklusion im privaten Bereich** ergänzt werden: Mehrgenerationenhäuser und Wohngemeinschaften von behinderten und nichtbehinderten Menschen sowie eine konsequente Barrierefreiheit schaffen die Grundlage, dass Hamburg alle seine Potentiale nutzt und Menschen nicht ausgegrenzt werden.
- Damit sich Hamburg zu einem **erstklassigen medizinischen Forschungsstandort** entwickeln kann, muss schnell ein echter hochschulübergreifender Forschungsschwerpunkt Life Science etabliert werden. Dazu muss das jahrelange Kaputtsparen der Hamburger Hochschulen beendet und mit den Hochschulen eine entsprechende Vereinbarung getroffen werden. Dazu muss weiter von der Politik eindeutig auf bevormundende Beschränkung der Forschungstätigkeit verzichtet werden.
- Hamburg hat keine Chance, ein weltweit anerkannter Standort medizinischer Spitzenforschung zu werden, wenn **Gentechnik** tabuisiert wird. Es ist auch den kranken Menschen gegenüber unverträglich, dass ihnen eine moderne Behandlung verweigert wird, nur weil diese auch auf Gentechnik beruht. Weiter sollte Hamburg gezielt ausländische Spitzen-

forscher im medizinischen Bereich ansprechen und ihnen hervorragende Bedingungen betreffend technischer und personeller Ausstattung anbieten. Um die Entwicklung zu einem Forschungsschwerpunkt Life Science zu beschleunigen, sollte hierzu eine Life Science Authority gebildet werden, die sich aus Fachleuten der Hochschulen, der Gesundheitswirtschaft und des Senates zusammensetzt, die eine umfassende Strategie entwickelt und im Sinne einer One-Stop-Agency für alle Entscheidungen zuständig ist.

- Um sicher zu stellen, dass ausreichend **Personal für die Gesundheitswirtschaft** zur Verfügung steht und dieses gut motiviert ist, ist eine ganze Reihe von Maßnahmen erforderlich: Es muss intensiv um Pflegekräfte geworben werden, dabei sollten auch Menschen in Betracht kommen, die bisher als ungeeignet für den Pflegeberuf gelten. Diese können Hilfstätigkeiten ausüben und so qualifizierte Kräfte entlasten. Ebenso muss außerhalb Hamburgs und Deutschlands nach Personal gesucht werden. Schließlich sollte alles getan werden, damit keine bereits ausgebildeten und berufserfahrenen Pflegekräfte aus dem Beruf ausscheiden. Dazu gehören Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten und Angebote für ältere Pfleger, ihre Tätigkeit mit verringerter Belastung fortzusetzen. Am wichtigsten ist aber eine Entlastung von Bürokratie und eine Reduzierung des Misstrauens.
- Zwar ist eine regelmäßige Qualitätskontrolle sinnvoll, jedoch ist ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel nötig: Verlangt werden sollte ein bestimmter Erfolg und nicht ein bestimmtes Verfahren mit einem Schlagwort: **Erfolgs- statt Prozessqualität**. Die Pflicht, viele kleine Arbeitsschritte zu dokumentieren, bringt den Patienten wenig, frustriert aber die Mitarbeiter und hält diese von ihrer eigentlichen Arbeit mit den Patienten ab. Besser ist es, den langfristigen Erfolg stichprobenartig zu prüfen. Dies nützt den Menschen direkt und ist auch eine bessere Grundlage zur Verbesserung als das sture Abarbeiten von Dokumentationspflichten. Außerdem müssen sich Behörden und Kranken- bzw. Pflegekassen als faire Partner verstehen, die Anforderungen in Zusammenarbeit mit den Betroffenen klar definieren und jeden Anschein willkürlichen Einschreitens vermeiden.

Handlungsfeld 10 – Bewältigung der Flüchtlingskrise

Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, sind eine große Herausforderung und Chance. Ihr stellen sich unzählige ehrenamtliche Mitglieder von Hilfsorganisationen und freiwillige Helfer sowie die Mitarbeiter öffentlicher Einrichtungen und der Verwaltung tagtäglich mit bemerkenswertem und teils aufopferndem Engagement, dem die Freien Demokraten höchsten Respekt zollen.

Es ist richtig, dass wir Menschen in Not helfen. Dumpfer Abschottungspolemik und fremdenfeindlichen Ressentiments setzen wir Mitgefühl, Weltoffenheit und Toleranz entgegen. Genauso richtig ist aber die Erkenntnis, dass diese Hilfe mit enormen gesellschaftlichen Anstrengungen verbunden ist, die Deutschland nicht allein, nicht unbegrenzt und nicht auf Dauer leisten kann.

Neben wirksamen und entschlossenen internationalen Maßnahmen zur Beendigung der Fluchtursachen muss das Anerkennungsverfahren entscheidend auf die Bedürfnisse der breiten Masse der Flüchtlinge nach sicherem vorübergehendem Schutz vor Krieg gelenkt werden, um den bestehenden Verfahrensstau abzubauen.

Gleichzeitig benötigen wir ein modernes Einwanderungsgesetz, das klar benennt, wer unter welchen Voraussetzungen bei uns eine dauerhafte Perspektive hat, weil wir ihn auf unserem Arbeitsmarkt brauchen. Als alternde Gesellschaft brauchen wir in vielen Berufen Zuwanderer.

Ziele und Maßnahmen

- **Kriegsflüchtlinge**, die ihr Leben vor derzeit bestehenden kriegerischen Konflikten in ihren Heimatstaaten retten müssen, brauchen einen zügigen und unbürokratischen Entscheidungsweg über ihre Bleibeberechtigung. Die Asylverfahren sind mit Blick auf die Gewährung des sogenannten subsidiären internationalen Schutzes entscheidend zu beschleunigen, beispielsweise durch eine Liste vorab definierter "unsicherer" Heimatstaaten und die vorrangige Entscheidung über diesen Aufenthaltsstatus unter Rückstellung weitergehender Asylgründe als Flüchtling.
- **Individuell Verfolgten oder Flüchtlingen im Sinne der Genfer Konvention**, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Bevölkerungsgruppe verfolgt werden, muss weiterhin das gesetzlich und völkerrechtlich garantierte Asylrecht uneingeschränkt gewährt werden. Für diesen kleineren Teil der Flüchtlingsbewegung werden die Verfahren schneller, weil die zuständigen Behörden durch die vorrangige Gewährung des subsidiären Schutzes entlastet werden.
- **Anerkannte Flüchtlinge** erhalten sofort Zugang zum Arbeitsmarkt. Kriterien für einen unbefristeten Aufenthaltstitel nach dem modernen Einwanderungsgesetz sollten u.a. eine feste sozialversicherungspflichtige berufliche Tätigkeit, eine angefangene oder in Deutschland abgeschlossene Berufsausbildung, oder ein Nachweis über ausreichende Deutschkenntnisse (beispielsweise durch Besuch eines Sprachkurses) sein. Der Lebenspartner und die eigenen Kinder erhalten automatisch den selben Status, wie der Partner, bzw. der Elternteil, wenn dieser die Anforderungen erfüllt.
- **Kriegsflüchtlinge**, welche die Kriterien eines modernen Einwanderungsgesetzes nicht erfüllen, müssen nach Beendigung des bewaffneten Konflikts in ihrer Heimat ausreisen oder erforderlichenfalls zurückgeführt werden.
- Der Druck auf die Staaten der EU zur **Akzeptanz von Flüchtlingsquoten** und einer entsprechenden Verteilung sowie von deutlich vermehrten direkten Einreisen im Wege von Flüchtlingskontingenten muss entscheidend durch die Bundesregierung erhöht werden. Innerhalb der EU sollen verbindliche Quoten zur Aufnahme von Flüchtlingen für die Mitgliedsstaaten festgelegt werden. Diese sollen sich z.B. anhand der Bevölkerungszahl und wirtschaftlichen Faktoren, wie der Wirtschaftsleistung, der Arbeitslosenquote, sowie der Zahl der bereits aufgenommenen Flüchtlinge orientieren. Die Gründe für die Gewährung von Asyl oder subsidiärer Schutz sind innerhalb der EU zu harmonisieren.
- Staaten, die kleine oder zu wenig Flüchtlinge aufnehmen, sollen einen **finanziellen Ausgleich** leisten, der die anzunehmenden Ausgaben für die aufzunehmenden Flüchtlinge deutlich übersteigt. Dieser Ausgleichsbeitrag soll entsprechend an die Länder ausgeschüttet werden, die stattdessen mehr Flüchtlinge aufnehmen.
- Solange in der Europäischen Union keine Einigkeit über die Offenheit der Außengrenzen besteht, sind sichere Außengrenzen die Bedingung für offene Binnengrenzen. Eine europäische Lösung unter Beteiligung der Westbalkan-Staaten und eine europäische Lösung unter Beteiligung der Türkei schließen sich nicht aus, sondern müssen gemeinsam erfolgen.

- Eine **Visumsfreiheit für die Türkei** darf nur nach Erfüllung aller Anforderungen und nicht als Teil einer sachfremden Vereinbarung eingeführt werden. Dementsprechend muss es bei der Erfüllung aller Anforderungen durch die Staaten des Westbalkans bei der Visumsfreiheit für diese Region bleiben.
- Es darf nach den Vereinbarungen zwischen den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der türkischen Regierung nicht nur für Personen aus Syrien möglich sein, aus der Türkei in die Europäische Union einzureisen. Für andere akut bedrohte Gruppen, z. B. Personen aus Eritrea, muss ein **europäisches Anerkennungsverfahren** bereits in der Türkei durchgeführt werden, weil eine Rückkehr in die Herkunftsländer in der Regel unzumutbar ist.
- Daneben muss für Einzelpersonen, die Verfolgungsgründe in der Türkei geltend machen, ein **humanitäres Visum** eingeführt werden. Beim humanitären Visum wird das Anerkennungsverfahren in EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt. Bei negativem Abschluss müssen die Antragsteller konsequent in die Türkei zurückgeführt werden. Für die aus der Türkei aufzunehmenden Syrer sind insbesondere Aspekte der Familienzusammenführung zu berücksichtigen.
- Die **Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei** dürfen nicht als politischer Spielball in der Flüchtlingskrise missbraucht werden. Die Eröffnung von Beitrittskapiteln muss sich einzig und alleine an den Aufnahmekriterien der Europäischen Union orientieren und nicht an möglichen Gegenleistungen in der Flüchtlingspolitik. Eine Türkei, die Meinungs- und Pressefreiheit mit Füßen tritt, kann nicht in die Europäische Union aufgenommen werden.
- **Hilfen an die Träger der Flüchtlingslager** in den Grenzstaaten zu Syrien muss die Bundesrepublik Deutschland massiv erhöhen und die Auszahlung beschleunigen.
- Die **innerdeutsche Flüchtlingsverteilung** soll zukünftig zweigliedrig nach dem von der FDP-Bürgerschaftsfraktion vorgeschlagenen „Hamburger Schlüssel“ erfolgen. Ziel ist die Kompensation von Flächenengpässen in Metropolen durch einen entsprechenden finanziellen Ausgleich. Der „Hamburger Schlüssel“ stellt für die Verteilung der Personen das Steueraufkommen, die Bevölkerungszahl und die Fläche des Bundeslandes in Relation. Die Finanzierung der anfallenden Kosten für die Flüchtlingsunterbringung erfolgt weiterhin nach dem Königsteiner Schlüssel, wodurch Bundesländer mit geringen Flächen zwar weniger Flüchtlinge aufnehmen, aber weiterhin die Unterbringung von Flüchtlingen gemäß Steueraufkommen und Bevölkerungszahl mitfinanzieren.
- Die **norddeutsche Zusammenarbeit** soll zur gemeinsamen Unterbringung von Flüchtlingen und zur Auslastung vorhandener Kapazitäten verstärkt werden.
- Das **Senatsprogramm zur „Flüchtlingsunterbringung mit der Perspektive Wohnen“** soll in das Wohnungsbauprogramm der Stadt mit dem Ziel erfolgen, die Zielmarken signifikant zu steigern und den Anteil geförderten Wohnungsbaus für Flüchtlinge, aber auch für untere Einkommensgruppen deutlich zu erhöhen. Die Planungshoheit ist dabei grundsätzlich bei den Bezirken zu belassen, um die Gegebenheiten vor Ort bestmöglich bei den Planungen nutzen zu können. Nachbarschaftliche Belange sollen umfassend bei der Planung der Quartiere berücksichtigt werden. Dabei gelten die regulären Anhörungs- und Beteiligungspflichten des Baugesetzbuches. Auf eine dezentrale Unterbringung ist hinzuwirken, die die Durchmischung der Wohnquartiere sicherstellt.